LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

LANDESRAT
des
SAARGEBIETES.

I. Sitzungsperiode (1924)
4. Sitzung.

Stenographischer Bericht

über die am Freitag, den 2. Mai 1924 in der Aula der Oberrealschule zu Saarbrücken 3 (Landwehrplatz) stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Der stellv. Vorsitzende, Mitglied Scheuer (Z.)-St.Jngbert, eröffnete um 3 Uhr 15 Minuten nachmittags die Sitzung.

Seitens der Regierungskommission sind anwesend:

Herr Staatskommissar, Verwaltungsdirektor Dr.G.A.Liesch,

Herr Ministerialrat Kuchenbecker, als Fachreferent von der Abtl. des Jnnern.

Entschuldigt fehlen die Mitglieder:

Kratz (Z.)- Neunkirchen; Kommerzienrat Dr.h.c.Röchling (DSV)- Völklingen; Pfarrer Wilhelm (Z.)- Wehrden.

Vorsitzender: Auf der Tagesordnung steht :

1) Begutachtung des Verordnungsentwurfs über die Abänderung der Verordnung vom 28.12.22 betr. Neuregelung der Bestimmungen über das Wohnungswesen.

2) Wahl von 2 Vertretern gemäß Art.27 der Verordnung vom 28.12.1922 über das Wohnungswesen.

3) Begutachtung des Verordnungsentwurfes über die Abänderung der Verordnung vom 19.5.1922 betreffend die Zusammensetzung und Aufgabe der Pachteinigungsämter.

Wir fahren in der Abstimmung fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard zur Geschäftsordnung!

Reinhard (K.P.): Meine Herren! Anläßlich der gestrigen Maidemonstration hat hier in Saarbrücken erneut die Polizei es für nötig befunden, in friedliche Demonstranten hineinzureiten, ein Blutbad anzurichten und eine ganze Reihe dieser Demonstranten zu verhaften. Es ist dies das dritte Mal, daß von Seiten der Polizeiorgane gegen friedlich demonstrierende Arbeiter eingegriffen wird.

(Zurufe der Kommunisten: Hört, hört !)

Wir nehmen an, daß das geschieht auf Anweisung der Regierungskommission, um in Genf zu beweisen, daß hier im Saargebiet unbedingt eine Masse Militär und auch eine Masse Gendarmerie

notwendig

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

notwendig wäre, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr wahr !)

Wir können den Beweis erbringen, daß die Ruhe und Ordnung nicht gestört wurde seitens der Demonstranten. Die Ruhe und Ordnung wurde lediglich gestört von den Polizeiorganen, die in gemeiner, brutaler Weise vorgingen, die sogar soweit gingen, Leute in Lokalen zu verhaften, die absolut garnichts verbrochen hatten, die man über Nacht einsperrte in Lokale, wo sie noch nicht einmal die Gelegenheit hatten zu liegen, die auf Bänken sitzend übernachten mußten, die in Lokale gebracht wurden, die voller Wanzen stecken. Es ist dieses eine Schande und wir können unter keinen Umständen dulden, daß wir immer wieder diese Zustände erleben müssen. Ich erinnere daran, wie seinerzeit hier vorgegangen wurde gegen die Eisenbahnerdemonstration, ich erinnere daran, wie die Schupo die armen Kriegskrüppel und Kriegsblinden niedergeritten hatte. Wir verlangen deshalb heute von dem Haus, dafür zu sorgen, daß solche Zustände nicht mehr vorkommen. Wir Kommunisten haben hoffentlich dasselbe Recht, wie andere Volksteile, wie die katholischen Volksteile, die hier frei demonstrieren konnten seinerzeit bei dem Katholikentag und da hat die Polizei es nicht für nötig gehalten, einzuschreiten. Wir verlangen Auskunft, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, von Seiten der Regierung, was sie zu tun gedenkt, um die zu unrecht Verhafteten wieder auf freien Fuß zu setzen. Wir verlangen ferner, daß die schuldigen Polizeiorgane unnachsichtlich zur Bestrafung gezogen werden.

Ich stelle den Antrag:

Der Landesrat möge beschließen,

1) Die Inhaftierten, die anläßlich der gestrigen Maidemonstration festgenommen wurden, sind sofort freizulassen.

2) Diejenigen Polizeiorgane, die Schuld an den gestrigen Zusammenstößen haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir verlangen vor allen Dingen von der Regierung Auskunft, was sie zu tun gedenkt.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr. Liesch !

Staatskommissar Dr. Liesch: Meine Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reinhard hätte ich eigentlich nicht notwendig, Stellung zu nehmen, da die berührte Frage ja gar nicht zur Tagesordnung des Landesrates gehört.

(Zuruf der Kommunisten: Das ist ja immer so gewesen !)

Ich weise aber trotzdem darauf hin, daß die gestrigen Vorgänge augenblicklich einem gerichtlichen Verfahren unterliegen und daß man ruhig abwarten kann, wen die Schuld an diesen Vorgängen trifft. Es ist meines Wissens nicht Brauch, innerhalb eines Parlaments sich in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzumischen. Soweit die Vorgänge, die Herr Reinhard berührt hat, zu meiner Kenntnis gelangt sind und dies ist nur durch Zeitungsberichte oder durch Hörensagen geschehen, so ist für mich das Bild sehr klar und stimmt nicht mit dem, was Herr Reinhard entworfen hat, überein. Es war gestern das dritte Mal, daß die

Kommunistische Partei versucht hat, eine friedliche Demonstration zu ihren Parteizwecken umzuwandeln, zu einer Unruhestiftung umzuwandeln, die auch zu Tätlichkeiten ausarten sollte. Gestern ist der Beweis erbracht worden, daß sich die Sozialdemokratischen Demonstranten bei dem Umzug in sehr korrekter Weise benommen haben und den bestehenden Vorschriften gemäß sich an dem Zuge beteiligten. Von den Kommunisten kann man das nicht sagen. Soweit ich gehört habe, haben diese von Anfang an versucht, die Demonstration der Sozialdemokratischen Partei zu stören und deren Manifestation zu nichte zu machen, außerdem noch zum Schluß die Manifestation zu verschärfen und nach der gebotenen Stunde noch einen Zug nach der Stadt zu organisieren, der nicht vereinbart war. In diesem Augenblick hat die Polizei eingegriffen und hat versucht, diesen Zug zu hindern.

Ich kann also zu diesen Tatsachen nicht das Bild erblicken, was der Herr Reinhard entworfen hat, daß die Polizei der Alleinschuldige ist. Ich sehe darin Parteizwecke, die einseitig verfochten werden und die nun zum dritten Male zu einer Unruhestiftung ausarten sollten. Wenn die gestrigen Polizeimaßnahmen getroffen worden sind, so sind diese in allererster Linie der Kommunistischen Partei zu verdanken, die zu diesen Umtrieben die Hand gereicht hat.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sender!

Dr. Sender (S.P.): Meine Herren! Wir sind seitens der Sozialdemokratischen Fraktion, trotzdem diese Bemerkung seitens der Kommunisten, die wir haben hören müssen, recht beleidigender Natur sind, jederzeit bereit, in eine Debatte einzutreten, ob den Kommunisten Recht oder Unrecht geschehen ist. Aber erst dann, wenn ein ordnungsmäßiges Bild in unserer Hand ist. Die Schilderung von Herrn Reinhard ist ist nicht allein maßgebend, genau so wie die Schilderung aus dem Munde des Herrn Regierungsvertreters. Wir werden uns ein eigenes Bild über die Vorgänge verschaffen auf Grund unserer eigenen Betrachtungen und Erfahrungen, die wir noch sammeln werden. Rein sachlich bemerke ich, daß niemand eine Grundlage darin sehen wird, daß der Landesrat das Recht hat, die Inhaftierten aus der Haft zu entlassen. Wo diese Rechtsordnung besteht, hat uns Herr Reinhard nicht verraten. Wir sind uns auch nicht klar, ob die Polizei eine Schuld trifft. Eines möchte ich feststellen, daß die Ruhe und Ordnung bei dem Festzug der Gewerkschaften mit Sozialdemokraten in keiner Weise gestört worden ist. Trotzdem möchte ich der Polizei empfehlen, eine etwas größere Zurückhaltung zu üben und sich etwas unsichtbarer zu machen.

Vorsitzender: Herr Reinhard, Sie haben von dem Sprecher der Sozialdemokraten gehört, daß das Haus bereit ist, in eine Debatte über die von Ihnen angezogenen Vorgänge, einzutreten, wenn ein absolut sicheres Bild vorliegt. Es ist nicht anzunehmen, daß Sie allein ein sicheres Bild vortragen können. Ich nehme an, daß Sie die Sache zunächst auf sich beruhen lassen. Wenn Sie das Wort haben wollen, möchte ich das Haus fragen, ob es damit einverstanden ist.

Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

Reinhard (K.P.) Selbstverständlich muß ich darauf bestehen. Auf die Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters und des Herrn Dr. Sender muß ich klarstellen,

(Glocke des Präsidenten)

Vorsitzender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Vorsitzender: Herr Reinhard, dies wird nicht möglich sein, bevor der Tatbestand nicht einwandfrei vorliegt.

Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

Reinhard (K.P.): Wenn man sich von Seiten der Sozialdemokratischen Fraktion heute auf die Geschäftsordnung des Landesrates beruft, so erinnere ich daran, daß dieselben Sozialdemokraten vor wenigen Tagen die Geschäftsordnung abgelehnt haben. Wir kümmern uns nicht um die Geschäftsordnung des Landesrates. Es ist so, wie ich gesagt habe, die Regierung will haben, daß sie in Genf sagen kann, so und soviel Militär und Polizei müssen wir haben.

Vorsitzender: Herr Reinhard, es ist ein parlamentarisch nicht bekannter Brauch in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Nachdem die Untersuchung über die Sache im Gange ist, können wir uns hier nicht damit beschäftigen. Wenn Sie nicht freiwillig auf weitere Erörterungen verzichten, müßte ich das Haus fragen, ob Sie gehört werden sollen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Reinhard (K.P.): Herr Vorsitzender, ich habe immer noch das Wort. Ich muß darauf hinweisen, daß es nicht so ist, daß die Kommunisten sollten Unruhe gestiftet haben. Es war von Seiten der Regierung die Genehmigung erteilt, am gestrigen Tage zu demonstrieren. Die Polizei hat eine enge Straße abgesperrt. Das mußte zu Zusammenstößen führen und die berittene Polizei ist derart vorgegangen, trotzdem die Teilnehmer des Zuges erklärten, den Zug aufzulösen, daß sie mit der blanken Waffe eingegriffen hat. Ein anderer Fall.- Die Polizei kam in ein Lokal herein, ein Kriegsbeschädigter, der im Lokal anwesend war, wurde mit dem Gummiknüttel geschlagen. Wenn die Sozialdemokraten erklären, daß die Ruhe und Ordnung von Seiten der Sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht gestört wurde, so können wir erklären, daß die Ruhe und Ordnung von der Demonstration der Kommunisten auch nicht gestört wurde.

Hier ist ein gewisser Lang von der Polizei, der schon bei der Demonstration der Kriegsbeschädigten die Parole führte : ' Hineinreiten '. Hier war er wieder dabei und es scheint, als wolle er sich einen goldenen Degen verdienen. Ich möchte noch bemerken, wir müssen mit aller Entschiedenheit die Angriffe zurückweisen, als wenn wir Unruhe machen wollten und als wenn wir Verbrecher wären. Ich betone noch einmal, die Unruhe wurde nicht von uns, sondern von der Regierung heraufbeschworen. Wir werden unter keinen Umständen dulden, daß die Arbeiter so brutal behandelt werden. Die Leute sind nicht einmal in Untersuchungshaft gekommen, sondern sind im Wachtlokal festgehalten. Man behandelt sie noch schlimmer wie Schwerverbrecher. Wenn sie verhaftet sind, dann muß dafür gesorgt werden, daß sie eine anständige Unterkunft haben. Wir verlangen nach wie vor, daß das Haus über unseren Antrag sich ausspricht, entweder trägt die Regierung die Schuld oder die Arbeiterschaft.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann!

Hoffmann (S.P.): Meine Herren! Ich möchte darauf hinweisen, daß auf jeden Fall unserer Auffassung nach, die Polizei in solchen Fragen oder vielmehr die Schutzleute vorsichtiger sein sollen. Ich bin nicht im Bilde und habe auch noch nicht Gelegenheit gehabt, mit meinen Parteigenossen über diese Frage Rücksprache zu nehmen. Auf jeden Fall möchte ich feststellen, daß Genosse Dr. Sender die Geschäftsordnung nicht herangezogen hat, sondern nur auf die gesetzlichen Bestimmungen hinwies, daß vorläufig für ihn kein Weg gegeben sei, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich bin der Auffassung, daß auf jeden Fall der Herr Staatskommissar die Sachlage untersuchen muß. Er muß in der Lage sein, dem Haus bei der nächsten Sitzung das Untersuchungsergebnis vortragen zu können. Dann muß das Haus sich meiner Auffassung mit der Frage beschäftigen. Ich bin auch der Auffassung, daß die Vorkommnisse, die in der letzten Zeit entstanden sind, endlich einmal aufhören müssen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Eifler !

Eifler (K.P.): Meine Herren! Ich glaube, daß dieser Antrag meines Genossen Reinhard für verschiedene Geister ziemlich peinlich ist.

(Lachen beim Zentrum)

Meine Herren! Das hat damit nichts zu tun und üben Sie sich

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

sich nicht im Lachen. Es ist ziemlich ernst. Wenn hier gesagt wird, der Antrag hätte mit der Tagesordnung nichts zu tun, so wissen Sie,daß es üblich ist, ähnliche krasse Vorgänge ohne Weiteres vor der Tagesordnung im Parlament zu behandeln. Es wird sich auf Sie zurückführen, ob Sie es ablehnen, daß wir über diese rigorosen Polizeimaßnahmen endlich einmal ein klares Wort sprechen,oder ob Sie alle Gewaltmaßnahmen dieser Polizei dulden. Es muß in dieser Sache ein klares Wort gesprochen werden. Ich selbst war mit an der Spitze des Demonstrationszuges der Kriegshinterbliebenen marschiert und wurde mit anderen von der Polizei niedergeritten. Aus dem Grunde werden Sie mich verstehen,wenn ich so im Zorne spreche. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie diese wehrlosen Menschen niedergeritten wurden. Herr Staatskommissar Liesch, das sage ich Ihnen, daß arme Kriegsblinde,Kriegskrüppel seinerzeit bei der Demonstration zusammengeritten wurden, Leute, die allein schon infolge ihrer Kriegsverletzung wehrlos sind, oder glauben Sie, daß diese Leute die Ordnung stören oder der Polizei etwas anhaben könnten. Es handelt sich hier darum, man will in Genf beweisen, daß es unbedingt notwendig ist, diese Handlanger zu vermehren. Wenn am 1.Mai die Arbeiterschaft demonstriert und wenn die Arbeiterschaft in geschlossenem Zuge vom Ludwigspark nach Hause gehen will,so ist trotzdem kein Grund zu sehen, wenn auch die Stunde der Genehmigung überschritten wurde, daß die Polizei, diese Handlanger der Regierung, in dieser bestialischen Weise einschreitet und Veranlassung nimmt, den Zug zu stören. Es waren auswärtige Ortsgruppen, die sich friedlich in geschlossenem Zuge zum Bahnhof nach Hause begeben wollten. Aussprüche des Kommissars Lang wie : Wenn ihr mir einen von denen durchlaßt, beweisen, in welchem Sinne diese bewaffnete Macht im Saargebiet großgezogen wird. Nicht die Arbeiterschaft, sondern die Polizei trifft die Schuld an diesen Vorfällen.

Desgleichen war es bei der Eisenbahnerdemonstration. Haben vielleicht die Eisenbahner etwas gemacht,etwas verbrochen ? Die hätten den Landwehrplatz und auch die Aula nicht auffressen können. Aber man will nur beweisen, daß das Machtfragen sind, die mit Polizeiknütteln bearbeitet werden müssen. Meine Herren, das wird einmal aufhören. Ich meine, es kann sich noch eine längere Zeit hinziehen. Aber es wird sich einst so erweitern, daß Sie nicht in der Lage sind, den Explosivstoff zu bannen, auch keine Schupo.

Wenn Herr Dr.Sender sagt, ich setze mich nicht über die Gesetze hinweg, so beweist das weiter nichts, wie friß oder freck.

Herr Hoffmann hat gesagt, Dr. Sender habe nur gesagt, daß man sich nicht über die bestehenden Gesetze hinwegsetzen kann, ich glaube auch nicht, daß ich der Sozialdemokratischen Fraktion sagen muß, was die Gesetze in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sind, das wissen Sie genau so gut wie ich es weiß. Aus dem Grunde sage ich der Sozialdemokratischen Fraktion,wenn Sie sich heute in einem derartigen Chaos der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auf die Gesetze derselben berufen und gehen durch dick und dünn mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, dann tragen Sie mit die Verantwortung an der Knechtung der Arbeiterschaft. Darauf fußt Ihre praktische Tätigkeit heute. Wir als Kommunisten können das nicht verantworten.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I 3

Wir verlangen auf jeden Fall Auskunft, was die Regierung in dieser Sache zu tun gedenkt. Daß der Herr Staatskommissar Liesch sagt, man solle zuerst die Verhandlungen abwarten, ist eine Zumutung, mit der wir uns als Kommunisten nicht einverstanden erklären könn en. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Arbeiter, die von der Hand in den Mund leben, nicht tagelang ohne Verdienst im Gefängnis sitzen wollen. Aus dem Grunde verstehen Sie, daß wir verlangen, daß unsere Brüder freigelassen werden. Herr Staatskommissar Liesch, ich bitte Sie dringend, nicht wieder zu sagen: ' schon dreimal haben die Kommunisten versucht, friedliche Demonstrationszüge zu Parteizwecken auszunutzen. ' Was heißt das ? Eine jede Partei hat ihr Prinzip.

Wenn die Kriegsblinden demonstrieren und ziehen friedlich durch die Stadt, so ist das noch lange keine Parteidemonstration, wie Herr Staatskommissar Liesch sagt. Ich kann nicht dafür, daß die K.P.D. das Prinzip hat, den Armsten der Armen zu helfen.

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

r. Sender (S.P.): Meine Herren! Hier muß doch mit der Auffassung aufgeräumt werden, als ob es möglich ist, uns hier in dieser Weise zu überfallen. Wenn die Herren die Gelegenheit gehabt haben, sich Ihre Informationen zurechtzustellen, so habe ich das gute Recht zu sagen, das genügt nicht. Wir maßten uns an, uns selbst ein Urteil bilden zu können. Und wenn man eine Interpellation hier im Landesrat einbringt, dann hat man den Anstand zu wahren, uns die gewisse Zeit zu lassen. Auf dieses Spiel lassen wir uns auf keine Weise ein . Wir sind die Letzten, die nicht die Kommunisten unterstützen würden, haben aber das Recht zu verlangen, Aufklärung zu schaffen über die Dinge, die in Wirklichkeit zu verurteilen wären. Aber Ihre Taktik beweist, daß Sie mich mißverstehen wollen. Ich habe niemals gesagt, daß wir uns heute auf die Geschäftsordnung berufen, sondern habe nur gesagt, ich kenne keinen Weg, die Gerichte zu zwingen, die Gefangenen zu entlassen. Zeigen Sie uns doch den Weg, wozu wir bereit sind, in eine Untersuchung der Sache mit einzutreten und die Regierung ersuchen, uns die nötigen Aufklärungen zu geben, andererseits uns Zeit zu lassen, ein Bild zu gewinnen.

orsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Liesch.

taatskommissar Dr.Liesch: Ich möchte Herrn Reinhard antworten. Er sagte mehrmals, die Regierungskommission steckt dahinter, da die Interesse hätte, in Genf berichten zu können, so und soviel Militär müssen wir haben. Herr Reinhard, wenn die Regierung die Absicht hätte, so vorzugehen, dann glaube ich, wäre sie so schlau gewesen, daß sie auch mit den Sozialdemokraten angefangen hätte, dann hätte sie mehr gehabt und am Katholikentag hätte sie dasselbe tun können, dann hätte sie noch mehr gehabt. Gestern ist bewiesen worden, daß die Kommunisten die Unruhe gesucht haben.

Dann möchte ich Herrn Eifler antworten. Wenn Sie den Zug organisiert haben, so nenne ich es eine Schande, wenn Sie Kriegsbeschädigte mitgeführt haben.

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Levacher !

evacher (Z.): Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte, da hier die Sache nicht geklärt werden kann.

Vorsitzender

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I

Vorsitzender: Herr Levacher hat den Antrag auf Schluß der Debat te gestellt. Ich frage, wer sich dem Antrag anschließt ?
- Es schließt sich die Mehrheit an. -

Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

Reinhard (K.P.): Wir fügen uns unter keinen Umständen diesem Mehrheitsbeschluß. Die Sache ist noch nicht geklärt. Wir wollen Klarheit schaffen. Herr Staatskommissar Liesch behauptet, Eifler hätte gestern den Zug geführt von Kriegsblinden und Kriegskrüppeln

(Glocke des Präsidenten)

Vorsitzender: Das hat Herr Eifler schon richtig gestellt.

Reinhard (K.P.): fortfahrend: Es ist eine direkte Verdrehung der Tatsachen von Herrn Liesch. Wenn er ferner behauptet, daß in der Frage, die Kommunisten die Alleinangegriffenen seien, dann hätte er auch den Katholikentag angreifen sollen oder die Sozialdemokraten und die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Es steht fest, daß von Seiten der Regierung immer wieder versucht wird, gegen uns und gegen unsere Partei vorzugehen, überall wo wir eintreten für die Arbeiterschaft, ist es die Regierung, die ihre Gendarmerie und Schupo gegen uns hetzt.

Wenn Herr Dr.Sender sagt, er kennt keinen Weg, um die Inhaftierten zu befreien, so sage ich: Es war uns nicht die Möglichkeit gegeben, uns bereits vorher von der Sache zu informieren. Auch ich wurde erst vor kurzem benachrichtigt. Man hat im Laufe des Vormittags versucht, diese Leute frei zu bekommen. Sie sind zu Unrecht verhaftet. Wenn der Landesrat sich auf den Standpunkt stellt, daß die Demonstranten zu Unrecht verhaftet wurden, so ist das der Weg, und kein anderer. Herr Dr.Sender, Sie sind Jurist. Sie wissen ganz genau, was wir wollen. Es handelt sich darum, ob sich das Haus auf die Seite der Demonstranten stellt, oder auf die Seite der Polizei. Wir werden nicht eher ruhen, bis wir in der Sache, eine klare Entscheidung getroffen haben.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzenden: Den Vorwurf, daß sich der Landesrat auf die Seite der Polizei stellt, weise ich entschieden zurück.
Da wir keine andere Handhabe haben, bevor die Lage geklärt ist, ist Schluß der Debatte beantragt, und wir kommen daher zur Abstimmung.

Reinhard (K.P.): Herr Vorsitzender, wir sind damit unter keinen Umständen einverstanden. Es muß heute hier Klarheit geschaffen werden. Es ist eine Schande, daß die Polizei und die Schupo gegen friedliche Demonstranten in so brutaler Weise vorgeht.

(Glocke des Vorsitzenden!)

Vorsitzender: Herr Reinhard, Sie werden zugeben, daß die Mehrheit das Recht der Entscheidung hat.

Reinhard (K.P.): Es muß eine klare Entscheidung heute eingenommen werden, ob der Landesrat für die Arbeiterschaft oder für die Polizei ist.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Die Debatte ist geschlossen; infolgedessen fahren wir in der Abstimmung weiter.

Reinhard (K.P.): Wir können das nicht tun. Wir wollen wissen, was das Haus in dieser Sache tut, damit wir unsere Konsequenzen ziehen können.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Ich kann Sie nicht darüber weiterreden lassen, Herr Reinhard, nachdem abgestimmt ist. Ich kann Sie über die Mehrheit des Hauses nicht hinweggehen lassen. Das ist der Gang der Dinge. Sie müssen das doch auch selbst einsehen.

Reinhard (K.P.): Die Leute sitzen unschuldigerweise im Gefängnis und schmachten unter dem Terror.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Dann müssen Sie sich an die Polizei wenden.

Reinhard (K.P.): Wir haben uns schon an die Polizei gewandt.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Sie haben doch auch von Herrn Dr. Sender gehört, daß zuerst in dieser Sache Klarheit geschaffen werden muß, bevor der Landesrat dazu Stellung nimmt.
Es bleibt also dabei, und wir kommen zur Abstimmung.

Reinhard (K.P.): Herr Vorsitzender, ich verlange noch einmal, daß der Landesrat dazu Stellung nimmt.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Es kann nicht darüber abgestimmt werden, das ist Ihnen aus der bisherigen Tätigkeit des Landesrates doch bekannt. Wenn Sie etwas tun wollen, dann bringen Sie Ihre Anträge ein. Was ich dann tun kann, ist dasjenige, daß ich Ihre Anträge entgegennehme und der Regierung dann weiterleite. Dazu bin ich selbstverständlich auch bereit.

(Unruhe) Zurufe bleiben unverständlic h!)

(Glocke des Vorsitzenden)

Reinhard (K.P.): Ich möchte bitten, daß über meinen Antrag abgestimmt wird.

Vorsitzender: Es kann über solche Anträge nicht abgestimmt werden, und ich kann Ihnen beweisen, daß Sie sich in gleichen Fällen damit begnügt haben, daß über Anträge, die nicht auf der Tagesordnung stehen, nicht abgestimmt worden ist. Verlangen Sie heute nicht mehr als das, mit dem Sie bisher immer einverstanden waren.

Reinhard (K.P.): Es ist eine Schande, auch heute hat Röchling wieder 1000 Mann gekündigt. Ich bitte, daß über meinen Antrag abgestimmt wird.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

Vorsitzender: Herr Reinhard, wollen Sie sich der Ordnung anpassen.

(Zurufe Reinhard: unverständlich!)

Ich vertage die Sitzung auf 5 Minuten.

- P a u s e -

Vorsitzender

Vorsitzender: Wir fahren in der Verhandlung fort. Das Wort hat der Abgeordnete Eifler zur Geschäftsordnung.

Eifler (K.P.): Ich habe folgende Erklärung abzugeben:

" Da die Regierung, der Präsident und das Haus, das Vorgehen der Polizei unterstützen, lehnt es unsere Fraktion ab, an der heutigen Sitzung weiter teilzunehmen."

Vorsitzender: Ich muß erklären, daß von einer Unterstützung der Polizei durch den Präsidenten und des Hauses nicht die Rede sein kann.

Reinhard (K.P.): Herrn Staatskommissar Dr.Liesch möchte ich sagen, wenn Kriegskrüppel demonstrieren müssen, so tun sie es deshalb, weil sie nicht verhungern wollen.

(Die Kommunisten verlassen den Saal)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Ministerialrat Kuchenbecker!

Ministerialrat Kuchenbecker: Meine Herren! In der Angelegenheit Dr. Carrier ist mir ein Vertrag von Herrn Schmelzer übergeben worden. Es ergibt sich, daß der Vertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen ist. Jedoch wird die Sache einer Prüfung unterworfen.

Vorsitzender: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Zu § 1

liegt ein Antrag des Herrn Brettar vor, anstatt 1.April 1925 = 31.März 1927 zu setzen.

Das Wort hierzu hat der Abgeordnete Brettar!

Brettar (S.P.): Meine Herren! Wir alle wissen, daß nur durch Bauen die Wohnungsnot behoben werden kann. Trotzdem waren wir bemüht, in der Kommission den Abänderungsantrag anzunehmen und zu beschließen. Wir haben auch seitens unserer Fraktion zwei neue Reformanträge eingereicht. Wir wissen genau,daß es eine geraume Zeit dauern wird, wenn die Regierungskommission unsere Anträge akzeptiert, bis die hierdurch aufgebrachten Mittel flüssig sind. Ein Teil unserer Anträge ist von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Wir behielten uns vor, im Plenum Vorschläge zu machen. Wir haben den Antrag eingereicht, statt 1.April den 31.3.1927 zu setzen, da es bis dahin erst möglich sein wird, die nötigen Geldmittel aufzubringen, im anderen Falle wird dieses Datum der Amtsdauer des Landesrates entsprechen. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen.

Vorsitzender: Wenn nicht weiter das Wort gewünscht wird, stimmen wir ab. Wer für den Kommissionsentwurf zu § 1 ist, möge sich erheben. 16 Mitglieder sind dafür, 5 Mitglieder sind dagegen.

Wer für den Antrag des Abgeordneten Brettar ist, das Datum 1.April 1925 in 31.März 1927 abzuändern,möge sich erheben.

6 Mitglieder stimmen dafür, die übrigen dagegen.

Wer

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Wer dafür ist, daß der Absatz 2 des § 1 gestrichen wird, möge sitzen bleiben. - Es erhebt sich niemand.- Ich stelle fest, daß der Absatz 2 einstimmig gestrichen werden soll.

Zu § 2

Wer dafür ist, daß die Kommissionsfassung der Ziffer 1 des Artikel 3 angenommen wird, möge sitzen bleiben.

16 Mitglieder sind für die Kommissionsfassung, die übrigen sind dagegen.

Wer dafür ist, daß die Ziffer 1 des Artikel 3 in § 2 gestrichen werden soll, möge sich erheben.

6 Mitglieder sind für Streichung, die übrigen sind dagegen.

Über die übrigen Ziffern dieses Paragraphen ist in der letzten Sitzung abgestimmt worden.

Der § 6

in dem Kommissionsentwurf ist dem Gutachten des alten Landesrates entnommen worden und lautet:

' Artikel 12 erhält folgende Fassung:

Von der Zustellung der Beschlagnahmeverfügung an verliert der Verfügungsberechtigte das Recht, über die beschlagnahmten Räume zu verfügen.

Das Bürgermeisteramt hat ihm zur Räumung der beschlagnahmten Räume eine angemessene, nicht unter 5 Tagen bemessene Frist zu gewähren. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist erfolgt die Räumung durch das Bürgermeisteramt.

Müssen zur Verwirklichung des Zweckes der Beschlagnahme Arbeiten ausgeführt werden, und kommt der Verfügungsberechtigte der Aufforderung, dieselben auszuführen, nicht nach, so kann das Bürgermeisteramt die erforderlichen Arbeiten ausführen lassen. Die Kosten dieser Arbeiten fallen der Gemeinde zur Last.'

Dieser Artikel ist in den Entwurf neu aufgenommen. Wer für diese Fassung des § 6 ist, möge sitzen bleiben. Es erhebt sich niemand. Der § 6 ist infolgedessen einstimmig angenommen.

Zu § 9

liegt ein Abänderungsantrag des Herrn Albert vor, welcher lautet:

Die Absätze 2, 3 und 4 sind zu streichen und dafür ist zu setzen:

' Die von der Kommission festzusetzende Miete darf nicht weniger betragen als:

am 1.4. 1924 30 %

am

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

am	1. 6.	1924	40 %
"	1. 8.	1924	55 %
"	1.10.	1924	70 %
"	1.12.	1924	80 %
"	1. 2.	1925	90 %
"	1. 4.	1925	100 %

des Goldwertes der Vorkriegszeit.

Wer für diesen Antrag ist, möge sich erheben. Ein Mitglied ist dafür, die anderen Mitglieder sind sämtlich dagegen.

Zu § 10 der Regierungsvorlage

hat der Abgeordnete Becker das Wort !

Becker (Z.): In dem alten Entwurf ist der § 10 nicht aufgenommen worden, weil es kein Mehrheitsbeschluß war. Die Einfügung ist gegen 3 Stimmen abgelehnt worden.

Vorsitzender: Wer für die Beibehaltung des § 10 der Regierungsvorlage ist, möge sich erheben.

- 6 Mitglieder stimmen dafür, die anderen dagegen.-

Wer für die Mehrheitsbeschluß der Kommission ist, möge sitzen bleiben.

- 16 Mitglieder sind dafür, die übrigen dagegen.-

Wir kommen nun weiter zu dem Punkt

Wahl von 2 Vertretern zur Kommission für die Mietpreisbildung.

Das Wort hierzu hat der Abgeordnete Levacher !

Levacher (Z.): Wir haben statt zwei Vertreter = drei Vertreter beantragt. Da sich die bisherigen Herren Karius und Betz in der Kommission verdient gemacht haben, bitte ich für die kurze Zeit dieselben Herren wieder abzuordnen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer !

Schmelzer (DSV): Ich muß ablehnen. Die Parität bedingt es, daß einem Mieter ein Vermieter gegenübersteht. Ich schlage daher anstelle des Herrn Betz, Herrn Dr. v.Vopelius vor.

Vorsitzender: Wir stimmen ab über den Antrag Levacher. Wer für den Antrag des Herrn Levacher ist, möge sitzen bleiben.

- 3 Mitglieder sind gegen den Antrag, die übrigen dafür.-

Wer für den Antrag des Herrn Schmelzer ist, möge sich erheben.

- 3 Mitglieder sind dafür, die anderen dagegen.-

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Wir kommen weiter zu der Verordnungsentwurf betr.

Zusammensetzung und Aufgabe der Pacht-einigungsämter.

Das Wort hierzu hat der Berichterstatter Herr Gladel.

Gladel (Z.): Meine Herren! Die Kommission für Wirtschaftsfragen und die Kommission für Rechtsfragen hat sich mit dem Verordnungsentwurf befaßt und einigte sich auf folgende Abänderungen.

Zu der Verordnung betr. Zusammensetzung und Aufgabe der Pachteinigungsämter zur Nachprüfung des Pachtpreises für landwirtschaftliche- und Gartengrundstücke der Verordnung vom 19. Mai 1922 wird in Artikel 1 anstatt: " 1. Januar 1921 = 1. Januar 1924 gesetzt.

Zu Artikel 2 der Verordnung vom 19. Mai 1922 tritt folgender Absatz 2:

"Bei der Berechnung des jährlichen Pachtzinses soll der bisher vereinbarte Betrag nach dem Goldkurs berechnet werden, der z.Z. des Vertragsabschlusses maßgebend war."

Im übrigen wird der Vorlage der Regierungskommission zugestimmt.

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann!

offmann (S.P.): Ich möchte darauf hinweisen, daß unsere Fraktion in Absatz 2 des § 1 den Passus, " das Mitglied der Regierungskommission wird ermächtigt " gestrichen haben will. Das haben wir so in der Wohnungsverordnung gemacht, und muß auch hier in Fortfall kommen.

orsitzender: Dann ist nunmehr über die Vorlage abzustimmen. Wer für die Vorlage mit den beiden Abänderungsanträgen der Mitglieder Gladel und Hoffmann ist, möge sätzen bleiben. Es erhebt sich niemand. Die Vorlage ist somit einstimmig angenommen.

Das Wort hat der Abgeordnete Betz !

tz (S.P.): Ich möchte bitten, daß über die Anträge der Sozialdemokraten betr. Erhebung einer Wohnungsluxustsuer und die Richtlinien für eine Wohnungsbauabgabe, abgestimmt wird. Es ist ein Teil unseres Gutachtens. Wir sind der Auffassung, daß die Angelegenheit so wichtig ist, daß es ratsam erscheint, die tatsächliche Meinung des Hauses in der Form festzustellen. In der heute stattgefundenen Kommissionssitzung haben wir uns mit diesen beiden Anträgen befaßt. Ich halte es für unbedingt ratsam, daß wir auf diesem Wege zu einer Besserung der Verhältnisse gelangen und deshalb halte ich es für notwendig, darüber abzustimmen.

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Levacher !

evacher (Z.): Meine Herren! Wir haben nichts gegen das Verlangen der Sozialdemokraten, daß über die Anträge abgestimmt wird, müssen aber verlangen, da wir unseren Antrag ebenso erfolgreich halten, auch über diesen Antrag abzustimmen.

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

Vorsitzender: Ich möchte bemerken, daß wir uns heute in der Kommissionssitzung darüber geeinigt haben, daß Sie (Zu den Sozialdemokraten) beide Anträge in Form des Gutachtens abgeben. Wir können durch eine Abstimmung nicht mehr tun, als die Anträge dem Gutachten beizugeben und beschließen, die Regierung zu ersuchen, in gleicher Weise ein Gesetz zu machen. Ich würde vorschlagen in eine Pause von 5 Minuten einzutreten.

Das Wort hat der Abgeordnete Karius !

Karius (Z.): In meiner Ausführung habe ich die Aufwertung der Hypotheken angeschnitten und meine Fraktion hat einen Antrag eingebracht, welcher lautet:

" Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, demselben möglichst bald eine Vorlage über die Aufwertung von Vermögensanlagen, und zwar der Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, Reallasten, Pfandbriefe, Rentenbriefe und andere verzinsliche oder an Stelle der Verzinsung mit einem Aufgeld rückzahlbaren Schuldverschreibungen, von Grundkreditanstalten, Gutachten bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen und Ansprüchen der Versicherten aus Lebensversicherungsverträgen vorzulegen.

Als Vorbild diene der Regierungskommission die dritte deutsche Steuernotverordnung über die Aufwertung vom 14.2.1924 (Reichsgesetzbl. Teil I Seite 74). Da es sich bei der Aufwertung teilweise umAnlagen handelt, die unter den Begriff der Sozialversicherung im Sinne des § 24 des Saarstatutes fallen, wird die Regierungskommission ersucht, entsprechend dem § 24 Abs. 2 des Saarstatutes sich mit der deutschen Regierung zur Durchführung einer Aufwertung unverzüglich in Verbindung zu setzen."

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sender!

Dr. Sender (S.P.): zur Geschäftsordnung: Meine Herren! Wir haben zu dem Antrag der Zentrumsfraktion noch keine Stellung nehmen können. Der Antrag ist jetzt erst verteilt worden, wie sich meine Fraktion dazu stellt, weiß ich nicht. Wenn es sich um Anträge handelt, die sich eng im Rahmen des Gesetzes halten, kann man sich entschließen. Wenn es sich aber um grundlegende Anderungen handelt, dann muß den Fraktionen Zeit lassen, sich ein Bild zu machen. Ich würde Herrn Karius raten, heute noch nicht abstimmen zu lassen, sondern den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Ich spreche lediglich als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion und kenne die Auffassung der hinter mir sitzenden Kollegen nicht.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer !

Schmelzer (DSV): Ich muß mich dem Antrag des Herrn Dr. Sender anschließen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Karius !

Karius (Z.): Wir haben den Antrag heute mittag fertiggestellt und stimmen Herrn Dr. Sender zu in der Hoffnung, daß es in Zukunft allgemein so geschieht. Eine Vertagung möchte ich nicht wünschen.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

Dr. Sender (S.P.): Wie berechtigt mein Verlangen ist, geht daraus hervor, daß meine Kollegen den Antrag nicht haben. Das ist eine neue Vorlage ohne politische Einmischung und es wäre gut, auch die Auffassung der Regierungskommission kennen zu lernen. Insofern wäre die Vertagung bis zur nächsten Sitzung gerechtfertigt.

Vorsitzender: Wir treten jetzt in eine Pause von 5 Minuten ein.

- P a u s e -

Vorsitzender: Wir fahren fort in der Besprechung und kommen zur Abgabe des Gutachtens.
Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

Dr. Sender (S.P.): Wir können erst dann unser Gutachten abgeben, wenn über unsere Anträge abgestimmt worden ist. Darüber kann kein Zweifel sein.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer !

Kiefer (Z.):zur Geschäftsordnung: Meine Herren! Die Entwürfe, die die Sozialdemokratische Fraktion versucht zur Abstimmung zu bringen, sind uns auch erst gestern zugegangen. Die Leute hinter uns, sind auch nicht in Kenntnis davon gesetzt, weil sich die Fraktion noch nicht damit beschäftigen konnte. Wir haben gesehen, daß die Entwürfe so offensichtliche Mängel und Fehler aufweisen, daß wir sie ohne weiteres nicht gutheißen können und werden uns der Abstimmung enthalten.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Betz !

Betz (S.P.): Meine Herren! Die Geschichte ist doch so, daß wir am Dienstag die Anträge überreicht haben. Heute morgen hat eine Kommissionssitzung stattgefunden und ich habe betont, daß die Sozialdemokratische Fraktion sich ihre Stellungnahme vorbehalten wird, sodaß die Abstimmung gleichgültig sein kann. Heute morgen ist zum Ausdruck gebracht worden, daß man einem derartigen materiellen Begräbnis I.Klasse nicht gerecht werden kann.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

Dr. Sender (S.P.): Meine Herren! Wir können uns mit dem Begräbnis I. Klasse nicht einverstanden erklären und bitten um Abstimmung.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Karius !

Karius (Z.): Ich habe lediglich erklärt, daß es im deutschen Parlament als ein Begräbnis I.Klasse aufgefaßt werden würde. Was die Mietzinssteuer angeht, habe ich erwähnt, daß die deutsche Regierung mit einem solchen Gesetz sich beschäftigt. Eine Stellungnahme dafür oder dagegen habe ich nicht eingenommen.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Abgeordneten Betz. Ich habe die Anträge allerdings nur aus der Zeitung zur Hand.
Wer dafür ist, daß ein solches Ersuchen an die Regierung

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Regierung gerichtet wird, möge sich erheben.

(Zuruf Levacher : Die Anträge müssen geschäftsordnungsmäßig vorliegen.)

- 6 Mitglieder sind dafür, 15 Mitglieder enthalten sich der Stimme.-

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Levacher !

Levacher (Z.): Meine Herren! Geschäftsordnungsmäßig hätten wir nicht abstimmen können, weil die Anträge nicht vorliegen.

(Zuruf Dr.Sender: Schon seit Montag und Dienstag !)

Zu dem Entwurf der Regierungskommission, betreffend Abänderung der Verordnung vom 28.12.1922,betreffend die Neuregelung der Bestimmungen über das Wohnungswesen,geben die Zentrums- und die Deutsch-Saarländische-Volkspartei folgendes gemeinsame G U T A C H T E N ab:

1. Durch den Entwurf der Regierungskommission wird das Vorrecht der französischen Grubenverwaltung trotz des Protestes des Landesrates bei der vorgesetzten Beratung erneut aufrecht erhalten. Die Vorrechte der Bergwerksdirektion sind beschränkt auf die Häuser, die ihr durch den Vertrag von Versailles am 10.Januar 1920 übereignet worden sind. Alle später erworbenen Häuser unterliegen der Wohnungsverordnung.

2. Trotz wiederholtem Verlangen des Landesrates hat das französische Militär, die französische Gendarmerie und die französischen Zollbeamten ein Vorrecht auf Wohnungen, dessen Beseitigung der Landesrat in der letzten Sitzung ebenfalls verlangt hat, weil dieses Vorrecht dem Vertrag von Versailles widerspricht.

3. Den Beamten werden unter besonderer Bevorzugung der Ausländer vorzugsweise Wohnungen überwiesen. Dieses Verfahren widerspricht dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Saarbevölkerung.

4. Die Regierungskommission hat dem Antrag des Landesrates, bedürftige Mieter und Vermieter zu entschädigen und den Mieterschutz denjenigen zu entziehen, die nicht bedürftig sind, nicht stattgegeben. An diesem Antrag wird erneut festgehalten.

5. Der Forderung auf Bereitstellung von Mitteln zur Erstellung von Neubauten ist nicht wunschgemäß entsprochen worden.

Wir lehnen daher die Vorlage in der vorgelegten Fassung ab und ersuchen, unsere Beschlüsse vom 29.4. und 2. Mai 1924 in Kraft treten zu lassen.

Ferner ersuchen wir durch Prüfung und Berücksichtigung der beigereichten Vorschläge für die Förderung des Wohnungsbaues Sorge tragen zu wollen.

Die Vorschläge lauten:

1. Die Regierungskommission wird ersucht,dem Landesrat

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I

Landesrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem diejenigen wirtschaftlichen Unternehmungen, die sich bisher der Pflicht.Wohnungen für ihr Personal zu erstellen, entzogen haben, zum Bau von Wohnungen für ihr Personal gezwungen werden.

2. Die Regierungskommission wird ersucht,genügend Mittel für den Wohnungsbauverband zur Verfügung zu stellen.

3. Die Regierungskommission wird ersucht, den Gemeinden besondere Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues zu überweisen.

4. Die Regierungskommission, der infolge der Einführung des Franken als gesetzliches Zahlungsmittel die Verantwortung für die im Saargebiet bestehende Kreditnot zufällt, die das Haupthindernis gegen die Entfaltung der Bautätigkeit bildet, wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß dem Saargebiet ausreichende Kredite zu einem angemessenen Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden. Bei der Beratung der Vorlage betreffend Einführung des Franken als gesetzliches Zahlungsmittel haben die Regierungsvertreter bereits derartige Zusagen gemacht.

(B r a v o - Rufe !)

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schneider !

Schneider (S.P.): Meine Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion gibt folgendes G U T A C H T E N ab:

Die Sozialdemokratische Fraktion des Landesrates versagt dem Entwurf der Regierungskommission betr. Neuregelung der Bestimmungen über das Wohnungswesen aus folgenden Gründen die Zustimmung:

Der Entwurf hält an den bereits früher von uns abgelehnten Vorrechten der Beamten,der Bergverwaltung und des Militärs fest. Diese Vorrechte entbehren jeder rechtlichen Grundlage und jedes sozialen Bedürfnisses.

Der Entwurf ermangelt ferner jeder ernsthaften, die Wohnungsnot beseitigenden Maßnahme. Die Regierungskommission hat nicht zu erkennen gegeben, welche Stellung sie unseren Reformvorschlägen gegenüber einnimmt. Insbesondere vermissen wir ihre Stellungnahme gegenüber den hinsichtlich einer Wohnungsbauabgabe und Wohnungsluxussteuer vorgetragenen und begründeten Vorschlägen, sowie gegenüber unseren Kommissionsanträgen. Diese Anträge und Vorschläge dürfen nur die als leistungsfähig bezeichneten Teile der Bevölkerung treffen, eine Auffassung, in der die bürgerlichen Parteien nicht mit uns übereinstimmen. Dieselben gegensätzlichen Auffassungen waren auch bei der Behandlung der Werkswohnungen und Pfarrhäuser vertreten, ferner im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Fraktion ,die für diese unannehmbare Auffassung, daß die neue Verordnung nur für 1 Jahr Gültigkeit haben solle. In dieser Zeit kann die Wohnungsnot nicht beseitigt werden. Werden unsere Reformvorschläge durchgeführt, so ist dazu ein Zeitraum bis mindestens 31.3.1927 erforderlich, eher kann

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

an eine völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht gedacht werden.

Der Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen kann immer nur insoweit erfolgen, als die Wohnungsnot tatsächlich beseitigt ist.

(B r a v o - Rufe !)

Vorsitzender: Dann darf ich das Gutachten der Vereinigung von Hausbesitz und Landwirtschaft, das schriftlich eingegangen ist, bekannt geben. Dieses lautet:

'Nach der Denkschrift der Regierungskommission hat die Wohnungsnot zugenommen. Das beweist die Unzulänglichkeit der gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre, die demnach nicht einmal ein geeignetes Mittel waren, die Wohnungsnot auch nur zu lindern.

Der Schlüssel zur Lösung der Wohnungsnot ist die Miete. Solange die Mieten in Häusern, die vor dem 1.1.1920 errichtet sind unter der durch die ehernen Gesetze der Wirtschaft bedingten Höhe gehalten werden, wie das die bisherige Gesetzgebung getan hat, wird die Wohnungsnot bestehen bleiben. Es ist ein wirtschaftliches Unding, Häuser gleicher Art und Größe verschieden zu bewerten, nur weil ihre Entstehungszeit um einige Jahre auseinander liegt. Eine gesunde Wirtschaft kennt so etwas nicht. Dieser zwangsweise geschaffene wirtschaftliche anormale Zustand muß sich wirtschaftlich anormal auswirken. Die Auswirkung ist die Wohnungsnot.

Gesetzgeberische Zwangsmaßnahmen und staatlich finanziertes Bauen werden auch künftig die Wohnungsnot nicht beheben. Auch die Einführung eines neuen Zwangssystems, wie es die Wohnungsbauabgabe darstellt, wirkt unwirtschaftlich und bringt keine Abhilfe. Unverhältnismäßig hohe Erhebungs-und Verwaltungskosten werden damit verbunden sein, während die Wohnungsnot weiter bestehen wird. Nur die freie Wirtschaft und die individualistische wirtschaftliche Weise werden aus dem Elend herausführen. In diesem Sinne bewegen sich unsere Vorschläge zur Verbesserung der Wohnungsverordnung, die wir zur Annahme empfehlen.

Das Wort hat der Abgeordnete Rütters!

Rütters (Z.): Dem Landesrat wurden verschiedene Vorlagen vorgelegt, nur hat man vergessen eine Regelung der Gebühren für Schöffen und Geschworene zu treffen. Es geht nicht an, daß man Schöffen und Geschworene mit 5.-Franken nach Hause schickt. Es wird in der Zukunft soweit kommen, daß kein Arbeiter mehr diesen Posten annehmen kann. Ich bitte deshalb, auch die anderen Parteien, sich diesem Antrag anzuschließen. Der Antrag lautet:

"Die Zentrumsfraktion beantragt, die Regierungskommission wolle baldigst dem Landesrat einen Verordnungsentwurf vorlegen, der eine den Zeit- und Geldverhältnissen gerecht werdende Entschädigung für Schöffen und Geschworene vorsieht. Die Entschädigung von 5.-Franken die heute bezahlt wird, stellt bei weitem keinen Ausgleich für die Lohn- und Einkommensverluste dar, der Schöffen und Geschworenen durch ihre Tätigkeit entsteht.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

Dr. Sender (S.P.): Ich weiß nicht, weshalb Herr Levacher den Schutz des Vorstandes übernimmt. So geht die Sache nicht, meine Herren und die Fraktionen müssen sich unter allen Umständen darüber einig sein, daß die Geschäftsordnung ein klares Bild schafft. Da sich der Antrag des Herrn Rütters mit unserer Auffassung bewegt, wollen wir eine Ausnahme machen und dem Antrag der Zentrumsfraktion beitreten.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Petri!

Petri (S.P.): Ich bitte den Antrag des Herrn Rütters dahin zu erweitern, daß auch die Zeugengebühren erhöht werden.

Vorsitzender: Ich glaube, daß sämtliche anwesenden Mitglieder mit dieser Anregung einverstanden sind. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wir wären am Schluß angelangt. Die Tagesordnung ist erschöpft, weitere Punkte stehen nicht auf der Tagesordnung. Ich schließe daher die Sitzung.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 45 Minuten.

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4